
DPG–Rundbrief 2–2026 _ 09. Februar 2026

Save the Date: Jahrestagung der DPG 2026

Die nächste Jahrestagung der Deutsch–Palästinensischen Gesellschaft findet vom **12. bis 14. Juni 2026** im **Kloster Höxter** statt, erneut in den renovierten Räumen des koptischen Klosters. Einladungen, das Programm sowie die Anmeldeformulare werden allen Mitgliedern Anfang März 2026 zugesandt.

Bitte um Mitarbeit

1. Referent:innen aus den Reihen der DPG

Wir möchten erneut dazu aufrufen, eine Datenbank von Referent:innen aus den Reihen der DPG aufzubauen. Ziel ist es, unsere Regionalgruppen und Kooperationspartner bei Veranstaltungen, Vorträgen und Bildungsarbeit besser zu unterstützen.

Gesucht werden Beiträge zu unterschiedlichen Aspekten:

- Geschichte Palästinas
- aktuelle politische Entwicklungen im Nahen Osten
- deutsche, europäische und internationale Nahostpolitik
- juristische, kulturelle, soziale oder wirtschaftliche Fragestellungen

Wenn Sie selbst referieren möchten oder geeignete Personen vorschlagen wollen, senden Sie uns bitte:

- Name
- möglicher Titel
- kurze Beschreibung des Themas
- Kontaktdaten

2. Termine, Veranstaltungen und Berichte

Bitte informieren Sie uns über geplante **Veranstaltungen, Aktionen oder Vorträge** Ihrer Regionalgruppen oder Kooperationen. Gerne nehmen wir diese in unseren **zentralen Kalender** sowie in unsere **Social-Media-Kanäle** auf.

Auch kurze Berichte über bereits durchgeführte Aktivitäten sind willkommen und können in kommenden Rundbriefen veröffentlicht werden.

Gaza: Wiederaufbaupläne als Diktatfrieden

Die derzeit diskutierten internationalen Pläne zum Wiederaufbau Gazas folgen einer Logik, die erneut über die Köpfe der Palästinenser:innen hinweg entworfen wird. Besonders deutlich wird dies in den US-amerikanischen Vorstellungen eines von außen verwalteten Gazastreifen, die faktisch auf einen politischen und ökonomischen Entmündigungsprozess hinauslaufen.

Eine Analyse dieser Entwicklungen findet sich in dem folgenden Artikel

„US-Plan für Gaza: Diktatfrieden in Gaza“ (*junge Welt*):

<https://www.jungewelt.de/artikel/515782.us-plan-f%C3%BCr-gaza-diktatfrieden-in-gaza.html>

Diese Konzepte knüpfen an bekannte neoliberale Wiederaufbauprogramme an, die weniger auf Selbstbestimmung als auf Investoreninteressen, Sicherheitslogiken und geopolitische Kontrolle zielen. Der Wiederaufbau Gazas darf jedoch nicht als technokratisches Projekt begriffen werden, sondern muss die palästinensische Zivilgesellschaft, lokale Expertise sowie soziale, kulturelle und historische Bedürfnisse ins Zentrum stellen.

Neuordnung der israelischen Kontrolle über das Westjordanland

Am 8. Februar 2026 hat das israelische Sicherheitskabinett mehrere strukturelle Maßnahmen zum besetzten Westjordanland beschlossen. International und in der arabischen Welt stießen die Entscheidungen auf Kritik, da sie als tiefgreifender Eingriff in die rechtliche und administrative Ordnung des palästinensischen Gebiets gelten. Beobachter sehen einen zeitlichen Zusammenhang mit politischen Vorbereitungen vor einem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten in Washington.

Erstens: Der allgemeine Rahmen der Entscheidungen

Nach offiziellen Angaben zielen die Beschlüsse darauf ab, die israelische Kontrolle über das Westjordanland auszuweiten. Vorgesehen sind unter anderem die Öffnung von Grundbuchregistern, Erleichterungen beim Landkauf sowie die Übertragung von Planungs- und Baukompetenzen in sensiblen Gebieten, darunter auch Areale unter palästinensischer Verwaltung. Kritiker sprechen von Schritten in Richtung faktischer Annexion.

Zweitens: Die drei zentralen Entscheidungen der israelischen Regierung

1. Aufhebung der Geheimhaltung der Grundbuchregister im Westjordanland

Die Freigabe bislang geschützter Grundbuchdaten erleichtert insbesondere israelischen Siedlern den Zugang zu Eigentumsinformationen und den direkten Erwerb von Land. Beobachter warnen vor einer Aushöhlung bestehender Schutzmechanismen für palästinensisches Grundeigentum.

2. Aufhebung von Verkaufsbeschränkungen und Genehmigungspflichten

Zudem werden rechtliche Hürden für den Verkauf von Land an Ausländer, einschließlich Israelis, abgeschafft. Auch die bisher erforderliche Genehmigung für Grundstücksgeschäfte entfällt, was den Landerwerb deutlich vereinfacht.

3. Übertragung von Planungs- und Baukompetenzen

Planungs- und Bauzuständigkeiten in sensiblen Gebieten, darunter Hebron, werden auf die israelische Zivilverwaltung übertragen. Damit wächst der israelische Einfluss, während die Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde weiter eingeschränkt wird.

Völkerrechtlich werden die Maßnahmen als Verstoß gegen geltendes Recht bewertet. Der Internationale Gerichtshof stuft das Westjordanland als besetztes Gebiet ein und untersagt dauerhafte strukturelle Veränderungen. Kritiker sehen in den Beschlüssen Teil einer schleichenden Annexion.

Die „Ulm 5“ - Kriminalisierung politischer Solidarität

Fünf Aktivist:innen, bekannt als die „Ulm 5“, befinden sich weiterhin in Untersuchungshaft. Ihnen wird im Zusammenhang mit Palästina-Solidaritätsprotesten schweres Fehlverhalten vorgeworfen, ohne dass bislang belastbare Beweise für eine tatsächliche Gefährdung vorliegen. Vorgeworfen wird ihnen das Vorgehen gegen das israelische Rüstungsunternehmen Elbit.

Die Verteidiger:innen fordern die sofortige Entlassung aus der Untersuchungshaft und kritisieren eine unverhältnismäßige Kriminalisierung politischer Meinungsäußerung.

Hintergrund und Stellungnahmen:

<https://etosmedia.de/politik/verteidiger-der-ulm-5-fordern-sofortige-entlassung-aus-der-u-haft/>

<https://www.jungewelt.de/artikel/516620.ulm-5-prozess-warum-wird-in-stammheim-verhandelt.html>

Der Fall wirft grundlegende Fragen nach Versammlungsfreiheit, politischer Repression und dem Umgang deutscher Behörden mit palästinasolidarischem Engagement auf.

Siedlungsprodukte im Handel - REWE, Belgien und Handlungsmöglichkeiten

Immer wieder gelangen Produkte aus israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten in europäische Supermärkte und Restaurants. Ein aktueller Fall betrifft den Verkauf israelischen Weins bei REWE, bei dem die Herkunft aus besetzten Gebieten für Verbraucher:innen nicht eindeutig erkennbar war, ein Beispiel dafür, wie Siedlungswirtschaft im Alltag normalisiert wird.

Hintergrund:

<https://www.fr.de/politik/rewe-wein-israel-besatzung-supermarkt-etikett-94154496.html>

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Belgien. Die belgische Bundesregierung hat kürzlich beschlossen, den Import von Produkten aus dem besetzten Westjordanland zu verbieten. Derzeit dürfen diese Produkte also noch verkauft werden, und zwar bis die Regeln gesetzlich verankert sind.

Bericht von *VRT NWS*:

<https://www.vrt.be/vrtnws/de/2025/09/12/vom-supermarkt-bis-zum-restaurant-diese-produkte-aus-den-besetz/>

Produkte aus Siedlungen verstoßen gegen internationales Recht. Doch die Bundesregierung weigert sich bisher zu reagieren, der Fall von REWE zeigt jedoch, dass es anders geht.

Mögliche Ansatzpunkte sind:

- Beschwerden bei Handelsketten wegen irreführender Kennzeichnung
- Verweis auf bestehende EU-Kennzeichnungspflichten
- Unternehmen auffordern, Produkte aus den illegalen Siedlungen aus dem Programm zu nehmen, um nicht gegen die Aufforderung des Internationalen Gerichtshofs zu verstoßen (<https://verfassungsblog.de/palastina-igh-gutachten/>)

Die Frage des Handels mit Siedlungsprodukten ist kein Randthema, sondern zentral für die Frage, ob Besatzung wirtschaftlich legitimiert oder politisch infrage gestellt wird.

Buchempfehlung: Staats(räson)funk - Deutsche Medien und der Genozid in Gaza

Eine wichtige Lektüre zur aktuellen Medienlage bietet Fabian Goldmann mit seinem Buch

Staats(räson)funk – Deutsche Medien und der Genozid in Gaza (Manifest Verlag). Darin untersucht Goldmann, wie große deutsche Medien nach dem 7. Oktober 2023 die tödliche Realität des Krieges im Nahen Osten oft verharmlost, gerechtfertigt oder verschwiegen haben und welche Mechanismen zwischen Stereotypen, Selbstzensur und Staatsräson dabei wirksam sind.

Das Buch verbindet solide Recherche mit medienkritischer Analyse und zeigt, wie journalistische Praxis demokratische Öffentlichkeit prägt und verzerrt.

Mehr Infos: <https://manifest-buecher.de/produkt/staatsraesonfunk/>

Spendenaufruf

Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung:

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza - Palästina

Facebook und Instagram



Anbei ein Aufruf zur Unterstützung der Jüdischen Stimme gegen die Verbots Drohungen. Ich habe ihn schon mal persönlich unterschrieben. Das sollten wir als Organisation auch machen. Was meint Ihr? Und falls der RB noch nicht raus ist, könnten wir auch noch darauf hinweisen.

<https://openletter.earth/solidaritat-mit-der-judischen-stimme-gemeinsam-gegen-hetze-und-verbotsdrohungen-14845d08>